

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/2357, 11/2556 —

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf kann nur ein erster Beitrag zum Abbau des Antragsstaus beim Bundesgesundheitsamt sein. Vom Stau betroffen sind zur Zeit etwa 8 000 Anträge, wovon nur ca. 3 000 auf Arzneimittel entfallen, für die der Entwurf eine Beschleunigung des Verfahrens vorsieht.
2. Von der Bundesregierung müssen weitere Schritte (vgl. Bericht des Bundesrechnungshofes zur Arbeitsweise des Arzneimittelinstituts beim Bundesgesundheitsamt) unternommen werden, wie z. B. auch die vom Bundesrechnungshof vorgesehene weitere Personalaufstockung.

Bonn, den 22. Juni 1988

Dr. Vogel und Fraktion

